

MERCATOR

SCIENCE-POLICY
FELLOWSHIP-
PROGRAMM



MEHR ALS POLITIKBERATUNG UND MEDIENPRÄSENZ
REFLEXIONEN ÜBER DIE BEDEUTUNG DIALOGORIENTIERTER
WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION FÜR
UNIVERSITÄTEN UND PRAXIS

BIRGITTA WOLFF, GEORG KRAUSCH, HANS JÜRGEN PRÖMEL (HG.)

SCIENCE POLICY
PAPER 2019

04

In der Science Policy Paper-Reihe des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms diskutieren Fellows und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Rhein-Main-Universitäten – der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Technischen Universität Darmstadt – aktuelle Themen von hoher gesellschaftlicher und politischer Relevanz. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht monokausal erklären. Deswegen vereinen die Science Policy Paper unterschiedliche akademische Disziplinen und Praxisperspektiven. Wie das Fellowship-Programm sollen auch die Science Policy Paper den Perspektivwechsel auf gesellschaftlich relevante Themen ermöglichen.

IMPRESSUM

Mercator Science-Policy Fellowship-Programm
Herausgeber der Reihe: Tome Sandevski
Redaktion: Andrea Wolf-Dieckmann

Abteilung Forschung und Nachwuchs
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Theodor-W.-Adorno-Platz 1
60323 Frankfurt am Main

Email: science-policy@uni-frankfurt.de
Telefon: +49 69 798 12132

ISSN: 2626-9597
urn:nbn:de:hebis:30:3-478543
Science Policy Paper 4 (2019)

Zitiervorschlag: Wolff, Birgitta; Krausch, Georg; Prömel, Hans Jürgen (Hg.) (2019). Mehr als Politikberatung und Medienpräsenz. Reflexionen über die Bedeutung dialogorientierter Wissenschaftskommunikation für Universitäten und Praxis. Science Policy Paper 4. Frankfurt am Main: Mercator Science-Policy Fellowship-Programm.

Gefördert durch:

**STIFTUNG
MERCATOR**

Rhein-Main 
Universitäten
Eine strategische Allianz

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort: Dialogorientierte Wissenschaftskommunikation als Gewinn für Universitäten und Praxis Birgitta Wolff, Georg Krausch und Hans Jürgen Prömel	1
Bedarf und Anforderungen an wissenschaftliche Expertise—der Blick aus der Praxis Andreas Monz.....	5
Warum Wissenschaftskommunikation manchmal so schwer ist ... und auch deren Bewertung Nina Janich.....	11
Dialog Wissenschaft und Medien—der Blick aus einer Rundfunkanstalt Florian Meesmann.....	17
Wissenschaftskommunikation in Zeiten rapiden Medienwandels Birgit Stark.....	23
Dialoge der Vielfalt: Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft Manfred Niekisch.....	29
Von der Wissenschaft in die Behördenpraxis Heike Kaupp.....	35
Mehr Mut zur Relevanz Nicole Deitelhoff.....	41

VORWORT: DIALOGORIENTIERTE WISSENSCHAFTS-KOMMUNIKATION ALS GEWINN FÜR UNIVERSITÄTEN UND PRAXIS

BIRGITTA WOLFF (PRÄSIDENTIN DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT)

GEORG KRAUSCH (PRÄSIDENT DER JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ)

HANS JÜRGEN PRÖMEL (PRÄSIDENT DER TU DARMSTADT)

Forschung und Lehre gelten als die Kernaufgaben deutscher Universitäten. In der öffentlichen Wahrnehmung von Universitäten spielt der ebenfalls in den Hochschulgesetzen der Länder festgeschriebene Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Wirtschaft und Gesellschaft häufig eine untergeordnete Rolle, auch wenn Universitäten schon immer, beispielsweise durch Technologietransfer und Ausgründungen, wichtige Beiträge zur Wirtschaftsentwicklung leisten.

Beim Wissenstransfer in die Wirtschaft treffen Universitäten in der Regel auf extrem fachkundige Partner, die für ein definiertes Problem eine vermarktbarere Lösung suchen. Ist der Punkt erreicht, an dem Marktteilnehmer mithilfe einer universitären Idee Geld verdienen können, ist der Grundstein für einen erfolgreichen Wissenstransfer gelegt; es greifen Marktmechanismen. Genau diese greifen jedoch beim Wissenstransfer in die Non-Profit-Welt nicht. Wissenschaftliche Expertise wird von Ministerien, Parlamenten, Nichtregierungsorganisationen und Medien zwar einerseits gezielt angefragt. Andererseits ist aber häufig gar nicht bekannt, was eigentlich angefragt werden könnte. Mitunter ist die Problemlage noch gar nicht definiert, sondern lediglich als vage „Herausforderung“ benannt. Über die Mitwirkung in Beiräten und Kommissionen, Gutachten und Policy-Papers sowie Medieninterviews erreicht wissenschaftliche Expertise die Praxis. Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit sind etablierte Formen des Wissenstransfers, die teilweise schon bei der genauen Problembestimmung helfen; die Transferkomponente wird aber oft vor allem in eine Richtung gedacht: Praxis fragt - Wissenschaft antwortet.

Wenn keine Marktmechanismen als Triebkräfte greifen, wie kommt Austausch dann zustande? Die altmodische Antwort lautet: durch Dialog zwischen Menschen, die Wissen für Entscheidungen brauchen oder bieten. Dieser Dialog muss organisiert werden, er muss seine „Marktplätze“ finden. Universitäten können solche Dialogorte sein, indem sie aktiv auf die Praxis zuge-

hen und den Austausch zwischen Wissenschaft, Policy- und Non-Profit-Sektor sowie Medien fördern. Dies hat die Allianz der Rhein-Main-Universitäten aus Goethe-Universität Frankfurt, Johannes Gutenberg-Universität Mainz und TU Darmstadt in Kooperation mit der Stiftung Mercator getan, als sie das Mercator Science-Policy Fellowship-Programm initiierte. Im Mittelpunkt des Programms steht der persönliche Austausch zwischen Führungskräften aus der Praxis und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Seit 2016 haben 70 Führungskräfte aus der Praxis über 800 Gespräche mit knapp 350 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Rhein-Main-Gebiet geführt. Von diesem Dialog profitieren beide Seiten gleichermaßen: die Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis, indem sie wissenschaftliche Fachexpertise erhalten und über gesellschaftspolitische Herausforderungen aus unterschiedlichen akademischen Perspektiven reflektieren können, und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, indem sie im Dialog mit der Praxis Impulse für ihre eigene Forschung erhalten. Der echte Austausch bietet letztlich auch eine Art Relevanztest für wissenschaftliche Arbeit – und viele in der Wissenschaft schätzen diesen Test.

Neben dem Fachaustausch über konkrete Themen lernen die Beteiligten auch andere Handlungszusammenhänge und -logiken kennen: Dominiert in der Wissenschaft das Erkenntnisinteresse als solches, ist es in der Praxis die Entscheidungs- und Umsetzungslogik. Erkenntnisgewinn ist hier eben kein Selbstzweck, sondern wichtig, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Um die unterschiedlichen Logiken in Wissenschaft und Praxis – durchaus im Luhmannschen Sinne – besser zu verstehen, vereint diese Publikation Beiträge von Vertreterinnen und Vertretern aus Forschung, Policy-Sektor und Medien. Die hier zu Wort kommenden Führungskräfte aus der Praxis kennen aus eigener Erfahrung den Bedarf an wissenschaftlicher Expertise in Ministerien, Parlamenten und dem Mediensektor. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wiederum forschen zu der Frage, wie Wissenschaft kommuniziert werden kann, oder sind über ihre Forschungsthemen im engen Austausch mit Ministerien, internationalen (Nichtregierungs-)Organisationen und Medien.

Die – bewusst in Interviewform verfassten – Beiträge zeigen an konkreten Beispielen, dass der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis für beide Seiten eine Herausforderung darstellt und auch mit einem Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist. Der „Dialogort“ muss erst entwickelt werden; er entsteht eben nicht unbedingt von magischer Hand. Die Beiträge stimmen aber darin überein, dass sich der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis lohnt. Es lohnt sich, hier zu investieren: Zeit, Offenheit und Mühe, letztlich natürlich auch finanzielle Mittel.

Gerade für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bisher wenig Berührungspunkte zur Praxis hatten, bieten die Beiträge eine hilfreiche Orientierung, was beachtet werden kann, wenn etwa eine Anfrage aus einem Ministerium, Parlament oder seitens der Medien kommt. Doch auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis erfahren mehr über Wissenschaft im Spannungsverhältnis zwischen Grundlagenforschung und Erkenntnistransfer. Wenn diese Publikation einen kleinen Beitrag dazu leistet, dass die Leserinnen und Leser nach der Lektüre ein besseres Verständnis für die jeweils „andere Seite“ haben und (noch) aktiv(er) den Dialog suchen möchten, haben wir unser Ziel erreicht.

BEDARF UND ANFORDERUNGEN AN WISSENSCHAFTLICHE EXPERTISE—DER BLICK AUS DER PRAXIS

ANDREAS MONZ

Andreas Monz leitet die Zentralabteilung in der Hessischen Staatskanzlei. Neben originären Verwaltungstätigkeiten werden dort wesentliche Themen der Staatsmodernisierung in Hessen inhaltlich gesteuert und für die Landesregierung aufbereitet. Andreas Monz ist Jurist und hat Verwaltungserfahrung von der kommunalen über die Landes- bis zur Bundesebene. Mehrere Jahre war er in koordinierender Funktion im politischen Bereich des Hessischen Landtags tätig. Er ist Fellow des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms.

Herr Monz, in welchen Kontexten benötigen Ministerien oder Parlamente wissenschaftliche Expertise?

Der Bedarf einer Landesverwaltung wie auch des Landesparlamentes an wissenschaftlicher Expertise ist vielfältig und umfassend. So weit eine Landesverwaltung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Rahmenbedingungen des Funktionierens von Gesellschaft und Wirtschaft sorgen muss, so weit reicht auch ihr Bedarf, an wissenschaftlichen Erkenntnissen teilzuhaben. Dieses umfasst zum Beispiel die Beratung bei technischen Fachverfahren, die Erstattung von Gutachten etwa im Umwelt- oder Wasserbereich oder auch juristische Bewertungen. Zu übergreifenden Fragestellungen werden von Fall zu Fall über eine gewisse Zeitdauer wissenschaftliche Beiräte eingerichtet, auch zum Beispiel bei der Vergabe von Forschungsaufträgen wie im Forschungsprogramm LOEWE der Hessischen Landesregierung. Auch der Hessische Landtag und die Fraktionen bedienen sich vielfältiger wissenschaftlicher Unterstützung. So finden zu den meisten Gesetzesvorhaben schriftliche und mündliche Anhörungen statt, in die regelmäßig auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einbezogen werden, um das Gesetzesvorgaben zu bewerten oder Vorschläge für bessere Regelungen zu unterbreiten. Insbesondere auch Enquetekommissionen im Landtag, die sich mit wichtigen Zukunftsthemen, wie in der Vergangenheit der demografischen Entwicklung oder jüngst der Novellierung der Hessischen Landesverfassung, beschäftigen, versichern sich kontinuierlicher wissenschaftlicher Begleitung, sowohl zur Herstellung einer gemeinsamen Wissensbasis wie auch der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten.

Wo konkret suchen Sie wissenschaftliche Expertise? Existieren Expertendatenbanken oder muss jedes Mal aufs Neue recherchiert werden?

Die Handhabung innerhalb der Ministerien wie auch im Hessischen Landtag ist sehr unterschiedlich. Übergreifende einheitliche Expertendatenbanken existieren nicht. Dort, wo fachliche Aufgaben in der Verwaltung zu lösen sind, wird sicher auf einen bestimmten Kreis von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Instituten zurückgegriffen, die aus der Zusammenarbeit in der Vergangenheit bekannt und bewährt sind. Eine wichtige Rolle spielen persönliche Begegnungen, ein Kennenlernen auf Fachveranstaltungen, Kongressen oder Vorträgen wie auch wissenschaftliche Veröffentlichungen zu einschlägigen Themengebieten. So verhält es sich auch im Landtag, etwa bei der Einladung zu Gesetzesanhörungen. Jede Fraktion schlägt hier Experten vor, die zu einer Anhörung eingeladen werden sollen und recherchiert diese eigenständig.

Über welche Kanäle können Ministerien oder Parlamente auf wissenschaftliche Expertise zugreifen?

Die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist sehr facettenreich. Zu ausgewählten Fragestellungen erfolgt eine Beauftragung einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in allen Disziplinen, sei es zur Klärung naturwissenschaftlicher oder technischer Fragestellungen, sei es zur Bewertung gesellschaftlicher Problematiken oder von Zukunftsfragen, etwa der Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt unter den Bedingungen der Digitalisierung. Im Rahmen von Anhörungen der Regierung oder des Landesparlamentes leisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Beitrag aus ihrer Sicht zu Gesetzesvorhaben, aber auch zu übergreifenden Fragen. Der Kontakt erfolgt oft über persönliche Empfehlungen etwa von Praktikern aus dem jeweiligen Bereich, einer Recherche über einschlägige Medien, wie z.B. das Internet oder Veröffentlichungen, oder auch Empfehlungen aus Ministerien oder Behörden anderer Länder, des Bundes oder anderer Landesparlamente.

Wer bestimmt wie wissenschaftliche Beiräte zusammengesetzt werden und mit welchen Themen sie sich beschäftigen?

Wo sich Ministerien oder deren Leitungen der Expertise wissenschaftlicher Beiräte versichern, erfolgt die Benennung über die Ministerien bzw. deren Leitung selbst. In Fällen wesentlicher Bedeutung und eines eigenen umfassenden Entscheidungsspielraums solcher Beiräte wie im eben genannten LOEWE-Programm entscheidet in Hessen sogar das Kabinett über die Besetzung.

Wie wichtig sind wissenschaftliche Beiräte für die tägliche Arbeit in Ministerien?

Nach meiner Wahrnehmung werden wissenschaftliche Beiräte eher nicht für die alltägliche Arbeit von Ministerien oder Behörden einberufen. Ihre Aufgabenstellung ist vielmehr die Begleitung von und der Austausch mit der Praxis zu grundsätzlichen Fragestellungen, die für die Ausrichtung der Arbeit eines Ministeriums oder einer Behörde maßgeblich sind und dann natürlich in täglichen Einzelentscheidungen wieder ihren Niederschlag finden. Als Beispiel in Hessen nenne ich den wissenschaftlichen Beirat beim Fachzentrum Klimawandel Hessen, in dem Fachwissen zu den Auswirkungen des Klimawandels aus den verschiedensten Forschungsbereichen zusammengeführt wird.

Wie können wir uns Anhörungen in einem Ministerium oder Parlament vorstellen?

Regierungsanhörungen folgen einer klaren Struktur. Nachdem ein Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben durch das Kabinett erstmalig zur Kenntnis genommen wurde, findet die so genannte Verbändeanhörung statt. Betroffenen Verbänden und Institutionen sowie den kommunalen Spitzenverbänden wird das geplante Regelungswerk für eine Zeitdauer von in der Regel zwei Monaten zur Stellungnahme zugesandt. Die Stellungnahmen werden hier nach vom federführenden Ministerium ausgewertet, wo sofern erforderlich eine Anpassung des Normentwurfes vorgenommen und dann der zweite Kabinettsbeschluss vor Einbringung – von Gesetzen – in den Landtag vorbereitet wird.

Wissenschaftliche Expertise wird bei solchen Anhörungen in der Regel nicht mehr eingeholt. Hierauf greifen die Ministerien wesentlich früher, in der Phase der Erstellung der sogenannten Referentenentwürfe oder aber im Rahmen der Evaluierung bestehender Gesetze und Verordnungen, zurück.

Anders verhält es sich bei parlamentarischen Anhörungen. Hier erfolgt in der Regel zunächst eine schriftliche Anhörung von Experten, in die oft auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einbezogen werden. Die Stellungnahmefrist liegt in der Regel bei ca. vier Wochen. Dem folgt eine mündliche Anhörung durch den jeweiligen Fachausschuss, in der Gelegenheit besteht, die schriftliche Stellungnahme zu erläutern, Fragen der Abgeordneten zu beantworten und in bedingtem Maße auch auf die Stellungnahmen anderer Experten einzugehen.

Passiert es, dass Fraktionen auf Basis wissenschaftlicher Expertise ihre Meinung ändern oder muss wissenschaftliche Expertise eher pro forma eingeholt werden?

Sicher entspricht der Erfahrung, dass seitens der Fraktionen auch Experten

angesprochen werden, die ihre Haltung zu einem bestimmten Gesetzesvorhaben eher fachlich stützen. Insgesamt ergibt sich dabei aber in der Anhörung ein umfassendes Meinungsbild der Experten. Ihre Stellungnahmen werden sorgfältig vor der Anhörung gelesen und ausgewertet. Tatsächlich fließen wichtige Hinweise in die sich der Anhörung anschließende Ausschussberatung und Beratung des Landtages ein und führen immer wieder auch zu Änderungen des ursprünglichen Gesetzentwurfes.

Handelt es sich bei Gutachten um klassische wissenschaftliche Forschung?

Wissenschaftliche Gutachten, die seitens der Ministerien, aber auch von Seiten des Parlamentes angefordert werden, sind in der Regel mit einer konkreten Fragestellung aus der Praxis verbunden, zu der eine konkrete Antwort oder zumindest eine Handlungsempfehlung gesucht wird. Daher empfiehlt es sich, bei der Erstellung solcher Gutachten – wie Juristinnen und Juristen sagen würden – auf den Empfängerhorizont abzustellen, was die Frage der wissenschaftlichen Tiefe und Verständlichkeit betrifft. Erwartet wird in der Regel keine umfassende wissenschaftliche Abhandlung, sondern die Darstellung einer wissenschaftlich fundierten Untersuchung eines Problems mit Lösungsmöglichkeiten.

Bestehen auch informelle Austauschmöglichkeiten mit der Wissenschaft?

Ministerien und auch der Landtag bemühen sich, verschiedene Dialogebenen zu schaffen, auf denen ein Austausch mit der Wissenschaft stattfinden kann, sei es durch die regelmäßige Veranstaltung von Kongressen und Symposien, z.B. zum Thema Cybersicherheit, Messen, Podiumsdiskussionen oder Einladungen zu Veranstaltungen. Auch haben die Universitäten verschiedene Dialogformen gefunden, in denen der Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung gefördert wird. Diese Formate stoßen auf großen Zuspruch. Innovativ und bereichernd zugleich für die Beteiligten auf beiden Seiten ist, nach meinem Eindruck, das Mercator Science Policy Fellowship Programm. In keinem anderen mir bekannten Programm erfolgt in einer solchen Intensität und Themenvielfalt ein Austausch zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden. Nicht nur ein tiefes Verständnis für die oft unterschiedlichen Herangehensweisen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Praktikerinnen und Praktikern an Fragestellungen aus unterschiedlichen Bereichen, sondern auch viele persönliche Kontakte und manche gemeinsamen Projekte und Vorhaben sind hieraus bereits erwachsen.

Welche Herausforderungen sehen Sie beim Austausch mit der Wissenschaft? Passiert es, dass Praxis und Wissenschaft aneinander vorbeireden?

Das ist eine Frage der jeweiligen Erwartungshaltung. Sicher ist es wichtig, eine gemeinsame Kommunikationsebene herzustellen und von Anfang an klarzustellen, welcher Anspruch seitens Praxis oder Politik an die Einbeziehung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gestellt wird und was man sich als Ergebnis erhofft. Seitens der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist es wichtig, in gleicher Weise zu verdeutlichen, welche Art von Fragen sich etwa mit klaren Handlungsempfehlungen beantworten lassen und wo eindeutige Antworten nicht zu erwarten sind.

Haben Sie Empfehlungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihre Forschungsergebnisse an Ministerien oder Parlamente vermitteln wollen?

Wesentlich ist, auffindbar zu sein. Aus Sicht von Politik und Verwaltung finden viele Forschungsvorhaben eher im Verborgenen statt und sind nur der wissenschaftlichen „Community“ zugänglich. Ich würde mir wünschen, dass seitens der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der Universitäten geeignete Plattformen gefunden werden, aus denen hervorgeht, mit welchen Themen sich aktuelle Forschungsvorhaben beschäftigen. Sicher kein leichtes Unterfangen mit Blick auf den Wettbewerb auch und gerade wegen der Drittmittelfinanzierung. Darüber hinaus scheint es mir erstrebenswert, dass sich die Wissenschaft mit tagespolitischen Vorhaben beschäftigt und von Fall zu Fall auch Entscheidungsträgern aktiv ihre Expertise anbietet, wo dieses hilfreich sein kann – wissend, dass sicher auch weitere fachliche Einschätzungen eingeholt werden. Und ganz wichtig ist, dass Forschungsergebnisse verständlich kommuniziert werden, damit diese in der praktischen Arbeit ihren Niederschlag finden können.

WARUM WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION MANCHMAL SO SCHWER IST ... UND AUCH DEREN BEWERTUNG

NINA JANICH

Nina Janich ist Professorin am Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Zu ihren Forschungsgebieten zählen Fragen der Sprachkultur und Sprachkritik sowie Sprachanwendung in der Wissenschaft. Zudem ist sie Jury-Sprecherin der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“.

Frau Professorin Janich, Sie beschäftigen sich unter anderem mit der Frage, welche Schwierigkeiten entstehen können, wenn sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Fächer miteinander austauschen wollen. Was sind die typischen Probleme?

Die interdisziplinäre Kommunikation stellt insofern für alle Beteiligten eine Herausforderung dar, als ja jede und jeder zwar Expertinnen und Experten in ihrem oder seinem Fachgebiet, aber meist mehr oder weniger Laie in den anderen Fächern ist. Innerhalb der science community gibt es zwar ein breites gemeinsames Fundament dessen, was man – sprachlich-kommunikativ, theoretisch, methodisch - unter Wissenschaftlichkeit versteht. Aber es gibt immer auch große fachspezifische Unterschiede. Das fordert in unterschiedlicher Weise heraus:

Je näher sich zwei kooperierende Fächer im Blick auf Arbeitsweisen und Forschungsgegenstand stehen, desto eher kann es zum Missverständnis kommen, man würde bei der Verwendung von Termini vom selben semantischen Konzept bzw. demselben methodischen Zugang reden, obwohl tatsächlich deutliche Unterschiede bestehen (in den Sozial- und Geisteswissenschaften z.B. bei Begriffen wie Medium oder Diskurs, in den Naturwissenschaften z.B. bei Begriffen wie Gen oder Art).

Je verschiedenartiger zwei kooperierende Fächer arbeiten, desto offensichtlicher nötig, aber auch aufwendiger sind grundlegende Verständigungsprozesse über Erkenntnisinteressen und Methoden.

Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wissen um solche Unterschiede und den entsprechenden kommunikativen Mehraufwand. Dennoch können daraus auch Konflikte entstehen, wenn es z.B. darum geht, sich unter Zeitdruck auf ein konkretes Projektdesign und gar einen gemeinsamen

Forschungsantragstext zu einigen. Dann werden disziplinäre Interessen plötzlich strategisch wichtig, Claims werden abgesteckt, Hierarchien kommen oft stärker zum Tragen – kurz: es wird auch auf der Beziehungsebene aufwendiger.

Wenn es schon schwierig ist, sich innerhalb von Wissenschaftsgemeinschaften auszutauschen, ist dann der Austausch mit der Praxis erst Recht eine heikle Angelegenheit?

Ja – es geht in der wissenschaftsexternen Kommunikation sowohl darum, wissenschaftliches Wissen möglichst nachvollziehbar zu vermitteln (1. Transformationsleistung), als auch darum, sich trotz unterschiedlicher Kommunikationsstile in Wissenschaft, Medien, Politik oder Wirtschaft überhaupt zu verstehen und dem anderen in seinen möglicherweise abweichenden Kommunikationsbedürfnissen entgegenzukommen (2. Transformationsleistung). Geht es bei ersterem wie in der interdisziplinären Kommunikation darum, Begrifflichkeiten, wissenschaftliche Arbeitsprozesse und Forschungserkenntnisse möglichst klar zu (er)klären, so kann zweiteres schon die grundlegende Zwecksetzungen der Kommunikation betreffen, die unterschiedlich akzeptablen Komplexitätsgrade, die Akzeptanz von pointierten Positionierungen oder schon allein die Frage, wie schnell kommunikativ reagiert werden muss.

Können Sie uns ein Beispiel für einen besonders gelungenen Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit nennen?

Nun, da kommt es ja sehr darauf an, was Sie unter „gelungen“ verstehen und welche Kontexte des Austausches *der(?)* Wissenschaft mit *der(?)* Öffentlichkeit Sie konkret im Blick haben. Wissenschaftskommunikation kann zum Beispiel ausgesprochen gelungen sein, wenn bei einem öffentlichen wissenschaftlichen Vortrag die Zuhörerinnen und Zuhörer angeregt mitdiskutieren und am Ende des Abends sowohl die/der Vortragende als auch das Publikum das Gefühl haben, einen Sachverhalt oder auch den jeweils Anderen etwas besser verstanden zu haben und etwas „mit nachhause zu nehmen“. Vielleicht meinen Sie aber auch eher eine Situation, in der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler politisch etwas bewegen konnten? Dann könnte man beispielsweise die Warnungen vor einem flächendeckenden Waldsterben wie die von Bernhard Ulrich (Göttingen) oder Peter Schütt (München) ab 1980 anführen, die zwar erst zu einer gewissen öffentlichen Hysterie geführt haben, dann aber politisch unmittelbar wirksam waren und am Ende die deutsche Umweltpolitik als Ganzes maßgeblich beeinflusst haben (siehe z.B.

den Rückblick von Bernhard Pötter in der taz vom 30.3.2015, <http://www.taz.de/!5014939/>). Man sieht an diesem Beispiel aber auch sehr schön, dass es für die Wissenschaftskommunikation gesellschaftlich und politisch „passendere“ oder „unpassendere“ Momente gibt, die über den Erfolg mitentscheiden. Und dass auch die Bewertung des Erfolgs davon abhängt, wann und aus welcher Perspektive man solche Kommunikationsbeispiele bewertet.

Haben Sie auch Fälle analysiert, in denen der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis nicht gut funktioniert hat?

Auch hier ist sehr uneindeutig, was „nicht gut funktioniert“ heißen soll, weil das offen lässt, aus wessen Sicht und im Hinblick auf welche Art von Kommunikationszielen etwas „funktioniert“ hat – möglicherweise wird das in Wissenschaft und Praxis sehr unterschiedlich beurteilt. Allgemein gilt es als ein Problem, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ungern knappe Statements abgeben, dass Journalistinnen und Journalisten aber meist genau das mit Blick auf Zeit/Platz und Zielgruppen brauchen und wollen. Wissenschaftliche Arbeit macht es aus, genau zu beschreiben, sorgfältig abzuwägen und methodisch gesicherte Forschungsergebnisse zu präsentieren. Dies erschwert es zwangsläufig, sich kurz zu fassen, zumal es normalerweise ja um komplexe und voraussetzungsreiche Problemstellungen geht, die nicht immer einfach zu erklären sind. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Journalistinnen und Journalisten müssen daher einen Kommunikations- bzw. Berichts-Modus finden, bei dem die einen noch das Gefühl haben, dass ihre Erkenntnisse angemessen komplex und korrekt wiedergegeben werden – und der es zugleich den anderen ermöglicht, zu ausreichend kurzen, verständlichen und pointierten Texte für ihre Leserschaft zu kommen. Das ist und bleibt immer eine Herausforderung. Zudem gibt es innerwissenschaftlich sehr unterschiedliche Haltungen dazu, inwiefern eine Kommunikation mit der Öffentlichkeit über die Universität und das wissenschaftliche Publikationswesen hinaus überhaupt zu sinnvollen Aufgaben der Wissenschaft gehört (jüngst zum Beispiel in der Kommunikationswissenschaft in einer Debatte im Wissenschaftsmagazin *aviso* der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft/DGPuK, Nr. 68, Frühjahr 2019) – entsprechend wird es community-intern auch sehr unterschiedlich akzeptiert und honoriert.

Die Frage sollte sich also weniger auf konkrete einzelne Missverständnisse beziehen – die werden ja meist schnell offensichtlich und können dann auch

geklärt werden. Wichtiger scheint es mir, viel grundsätzlicher zu prüfen, wann gar nicht miteinander geredet wird oder womöglich aneinander vorbei – deshalb forschen wir dazu, welche Rolle innerwissenschaftliche Kontroversen oder methodisch bedingte und damit unumgehbare Unsicherheiten von Prognosen, Modellen oder Laborexperimente in der externen Wissenschaftskommunikation spielen. Grundsätzlich sind bei komplexen Themen auf allen Seiten möglichst kompetente und vor allem integre Persönlichkeiten mit einem Willen zur Kooperation und sachorientierten Problemlösung gefordert.

Sie untersuchen auch Kindersachbücher und Werbesprache. Sollten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der Darstellung Ihrer Forschungsergebnisse an Kindersachbüchern oder Werbetexten orientieren?

Das wäre ein Missverständnis, das alles unter einen Hut zu packen. Nicht nur meine Forschungen zeigen, dass Texte prinzipiell möglichst adäquat zugeschnitten sein sollten auf Zielgruppe, Thema, Situation und Medium, damit sie ihre unterschiedlichen (z.B. werbenden, erklärenden, aufklärenden) Funktionen erfüllen können.

Es reicht also erst einmal schon, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor dem Sprechen oder Schreiben bewusst darüber nachdenken, wem sie was wie und warum (und bis zu welchem Komplexitätsgrad) vermitteln wollen. Dann schreiben sie ihren Aufsatz für die Fachzeitschrift anders als eine Pressemitteilung oder das Konzept für eine Kinderuni-Vorlesung und begehen z.B. nicht den durchaus häufigen Fehler, einen eigentlich als Aufsatz für eine Fachzeitschrift gedachten Text als Vortrag auf einer Konferenz zu verlesen.

Werben tut man für sich als Wissenschaftlerin und Wissenschaftler übrigens meiner Meinung nach schon dann, wenn man gut verständliche Texte nicht automatisch für inhaltlich simpel hält, sondern wenn man auch interdisziplinär und wissenschaftsextern gesprächsbereit bleibt, wenn man klar und gut strukturiert schreibt oder spricht und wenn man sein jeweiliges Publikum ernst nimmt.

Gibt es Forschungsthemen, die so komplex sind, dass sie nicht der Öffentlichkeit kommuniziert werden können?

Gerade im Rahmen der Grundlagenforschung gibt es sicher viel, was nicht unbedingt gleich öffentlich kommuniziert werden muss, eben weil es erst

einmal ein Fundament für weiteres und dann erst wieder stärker anwendungsbezogenes wissenschaftliches Arbeiten darstellt. Anderes ist wahrscheinlich zu komplex und es müsste weit ausgeholt werden, um es angemessen zu erklären. Nicht umsonst gibt es die zunehmende Spezialisierung und fachliche Ausdifferenzierung, weil die/der Einzelne nicht alles wissen und verstehen kann. Ich würde aber deshalb keinesfalls ganze Arbeitsgebiete oder Kolleginnen und Kollegen mit bestimmten Forschungsinteressen generell aus der Verantwortung für eine externe Wissenschaftskommunikation entlassen.

Sie sind Sprecherin der Jury der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“. Die Jury besteht überwiegend aus Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftlern, die entscheiden, ob Wörter oder Formulierungen gegen „sachliche Angemessenheit oder Humanität“ verstoßen. Erfolgt das Auswahlverfahren nach rein wissenschaftlichen Kriterien oder sehen Sie sich hier eher als Aktivistin?

Wir alle in der Jury bemühen uns, unser linguistisches Wissen sinnvoll und konstruktiv in die Sortierung der aus der Bevölkerung eingesandten Vorschläge und in die konkrete Auswahldiskussion zum jeweiligen Unwort einzubringen. Die Unwort-Wahl ist aber trotzdem keine im engeren Sinne wissenschaftliche Veranstaltung. Sie ist tatsächlich eher aktivistisch, aber – und da liegt oft das Missverständnis – nicht politisch-aktivistisch, sondern sprachkritisch-aktivistisch. Das heißt: es geht uns nicht um die Kritik an bestimmten politischen Positionen (auch wenn wir natürlich nicht außerhalb des Diskurses und der Gesellschaft stehen und unsere politischen Neigungen nicht ganz eliminieren können). Es geht vielmehr um eine Kritik an sprachlichen Formen, sozialen Umgangsweisen und kommunikativen Intentionen: Verschleierung, Irreführung, Diffamierung oder das Infragestellen von die Demokratie prägenden Diskussionsprinzipien können aus allen politischen Lagern oder auch aus Wirtschaft, Presse oder Verwaltung kommen und sind im Sinne einer kommunikativen Ethik und einer Verantwortung für öffentliches Sprechen mit guten Gründen kritisierbar. Also: ein bisschen Sprachwissenschaft ja, aber methodisch keine wissenschaftliche Analyse. Eher der Versuch einer fundierten und gut begründeten Kritik, gewürzt mit etwas Aufklärung. Und insgesamt ganz sicher ein Plädoyer nicht für ein Redeverbot, sondern im Gegenteil für mehr Diskussion darüber, welche soziale Wirklichkeit wir uns mit Sprache und Kommunikation bauen (wollen).

Welchen Nutzen haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von dem Dialog mit der Praxis?

Dass sie Bodenhaftung behalten, dass sie an den lebensweltlichen Problemen dranbleiben und dass sie von Erfahrungen, Einsichten und Perspektiven profitieren können, die sie selbst systembedingt nicht machen bzw. einnehmen können. Und dass sie eben auch selbst Einfluss darauf nehmen können, dass und wie ihre Forschungsergebnisse außerhalb ihres Faches ankommen und aufgenommen werden.

Wie können Hochschulen bzw. die Hochschulpolitik den Wissenschaftsdialog fördern?

Indem sie „windows of opportunity“ schaffen, also Zeit und Raum zur Verfügung stellen und Gelegenheiten zum Austausch fördern. So wie zum Beispiel die Rhein-Main-Universitäten und die Stiftung Mercator mit dem Mercator Science-Policy Fellowship-Programm oder auch durch Kooperation mit bestehenden Praxisnetzwerken (wie zum Beispiel die Beteiligung der TU Darmstadt an der wissenschaftsjournalistischen Großveranstaltung „WissensWerte“ 2018 in Darmstadt). Am Ende ist dann aber doch auch immer die einzelne Wissenschaftlerin, der einzelne Wissenschaftler gefordert mitzumachen.

DIALOG WISSENSCHAFT UND MEDIEN—DER BLICK AUS EINER RUNDFUNKANSTALT

FLORIAN MEESMANN

Florian Meesmann verantwortet als Redaktionsleiter von MDR Aktuell TV die täglichen Hauptnachrichtensendungen. Er versteht diese Aufgabe als Teil eines Transformationsprozesses zu einem multimedialen Medienunternehmen. Im Mittelpunkt: Die enge Verknüpfung von Fernsehen, Hörfunk und online. Von 2012 bis 2016 war er als stellvertretender Redaktionsleiter u.a. für ARD-Wahlsendungen verantwortlich. Zuvor leitete er mehrere Jahre das ARD-Studio Neu-Delhi. Er berichtete aus den Kriegen und Krisen in Afghanistan und Pakistan. Florian Meesmann ist Fellow des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms.

Welche Rolle spielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Ihren Sendungen?

In unseren Nachrichtensendungen liefern wir unseren Zuschauerinnen und Zuschauern neben den kompakten Nachrichten immer auch Hintergründe und Erklärungsansätze. Wir wollen auch die Frage beantworten, warum etwas geschieht. Dafür ist der Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Hintergrundgesprächen, Interviews vor der Kamera und Live-Interviews unverzichtbar. In einer immer komplexeren Welt sind wir Journalistinnen und Journalisten auf den wissenschaftlichen Input stärker denn je angewiesen. Von den Sozialwissenschaften bis zur Datensicherheit, von der Medizin bis zum Bergbau - unsere möglichen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sind dabei genauso vielfältig wie unsere Themen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sehr wichtig, um den Narrativen der jeweiligen Interessengruppen im öffentlichen Diskurs mit Sachkunde und kritischer Distanz zu begegnen. Auf vielen Themenfeldern brauchen wir die breite Expertise der Wissenschaft, um unseren Zuschauer- und Hörerschaft sowie unseren Usern die Hintergründe und Einordnungen zu liefern, die sie von uns erwarten. Die Diskussion um „fake-news“ und „Filterblasen“ zeigt, eine seriöse, faktenbasierte Berichterstattung ist notwendiger denn je - auch um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Diskurses in den Medien als Instrument des gesellschaftlichen Interessenausgleichs zu sichern. Deshalb wünschen wir uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Medien.

Nach welchen Kriterien werden diese ausgesucht?

Der ideale Gesprächspartner sollte erreichbar sein und über das notwendige Fachwissen zu einem aktuellen Thema verfügen. Dazu braucht es die Fähigkeit, sehr komplexe Sachverhalte allgemein verständlich und knapp darzustellen. Beim Live-Interview sollte er oder sie über erste Erfahrungen im Auftreten vor der Kamera verfügen. Oft führen wir ein erstes Telefonat um herauszufinden, ob die von uns gesuchte Expertise und kommunikative Prägnanz vorhanden ist. Passen unser Thema und das Fachgebiet überhaupt zusammen? Kann man aus wissenschaftlicher Sicht prägnante Aussagen treffen, ohne dabei das Fundament der Wissenschaftlichkeit zu verlassen?

Dabei kommt es immer wieder vor, dass die Erwartungen so unterschiedlich sind, dass das geplante Interview wieder abgesagt wird. Im Idealfall aber kann ein solches Gespräch das eigentliche Interview vor der Kamera stark vereinfachen. Ein gewisser Bekanntheitsgrad kann ein zusätzliches Auswahlkriterium sein. Aber: (Zu) viele Interviews lassen manchmal den – scherzhaft so genannten – Typus der Expertin oder des Experten „für alles“ entstehen. Prominenz und Glaubwürdigkeit können dann in ein problematisches Spannungsfeld treten.

Wie lange dauern diese Interviews und wieviel findet sich in den ausgestrahlten Sendungen wieder? Können Sie nachvollziehen, dass so manche Wissenschaftlerin oder so mancher Wissenschaftler enttäuscht ist, wenn man sich 30 Minuten Zeit für ein Gespräch genommen hat und sich am Ende aber nur wenige Sekunden in einem Fernsehbeitrag finden?

Dass es gerade bei den allerersten Interviews Enttäuschungen geben kann, ist für mich sehr nachvollziehbar. Oft rühren diese daher, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler keine realistische Vorstellung davon haben, unter welchen Zwängen Medien arbeiten. Ähnlich oft aber auch daher, dass Journalistinnen und Journalisten sich zu wenig Zeit nehmen, ihre spezifische Arbeitsweise und Methodik zu erläutern.

Gerade das Genre Nachrichten beinhaltet einen schwer lösbaren Gegensatz: Für einen O-Ton stehen in einem kurzen Nachrichtenbeitrag manchmal nur wenige Sekunden zur Verfügung. Andererseits bietet die mediale Verbreitung für ein Millionenpublikum konkurrenzlos breite Aufmerksamkeit für wissenschaftliche Inhalte. Dieser Widerspruch bietet aber auch große Chancen. Wenn Journalistinnen und Journalisten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Eigengesetzlichkeit der anderen Welt gleichermaßen

bewusst ist und diese respektiert wird, können beiden Seiten von der Zusammenarbeit auf Dauer erheblich profitieren.

Über das Wissen von Journalistinnen und Journalisten existiert der Spruch „Breit wie ein Ozean, flach wie eine Pfütze“. Hat der Journalismus zu große Ansprüche an die Wissenschaft oder ist es umgekehrt?

Einen wahren Kern hat dieser Spruch in jedem Fall: Die Journalistin oder der Journalist muss in einer sich immer schneller verändernden Welt Inhalte in ihrer ganzen Vielfalt erfassen und abbilden. Zur Einarbeitung in ein neues Thema bleiben – gerade in der aktuellen Berichterstattung – dabei meist nur wenige Stunden Zeit. Zunächst hilft eine oft breite Allgemeinbildung. Dann tritt die Journalistin oder der Journalist an eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler heran, um das, was er nicht versteht, ganz einfach und vor allem schnell erklärt zu bekommen.

Ganz anders die Ansprüche der Wissenschaft: Diese sucht oft in jahrelanger Forschung – häufig in hochspezialisierten Kontexten – nach neuen, originären Erkenntnissen in ihrem Fachgebiet. Diese meist mühevoll errungenen Ergebnisse in einem Interview möglichst vollständig und nicht nur in kurzen O-Tönen präsentieren zu können, ist ein allzu verständlicher Wunsch.

Unterschiedlicher könnten die Ansprüche also kaum sein, entsprechend groß ist das Potential für Enttäuschungen aller Art. Hier kann eine professionelle Wissenschaftskommunikation über die jeweilige „Community“ hinaus viele Frustrationen vermeiden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen die Unterstützung durch PR-Expertinnen und -Experten an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen. Diese können – Dolmetscherinnen und Dolmetschern ähnlich – zwischen den Bedürfnissen der Medien und den Fähigkeiten der Wissenschaft vermitteln. Wissenschaftskommunikation kann so zum wichtigen Instrument werden, die gesellschaftliche Relevanz von Wissenschaft zu stärken und die Qualität der Berichterstattung in den Medien zu verbessern.

Erlaubt es Ihr Alltag, sich Hintergrundwissen anzueignen?

Ja, und das muss er auch, denn gerade im aktuellen TV-Journalismus ist es unverzichtbar, Hintergrundwissen zu den wichtigen Themen unserer Zeit wie Globalisierung und Digitalisierung zu erhalten und zu erweitern. Ohne beständige Lektüre neben der täglichen Berufstätigkeit ist das nicht zu leisten. Zusätzlich bietet mir das Mercator Science-Policy Fellowship-Programm mit vielfältigen Angeboten neue Möglichkeiten des Austausches mit Wissen-

schaftlern und anderen Fellows. Der Dialog mit exzellenten Forscherinnen und Forschern liefert neben der reinen Wissensvermittlung immer wieder wichtige Denkanstöße.

Sie haben aus Indien, Pakistan und Afghanistan berichtet. Haben Sie sich mit Geschichte und Politik dieser Länder beschäftigt oder wie haben Sie sich auf Ihre Auslandeinsätze vorbereitet?

Ich habe mich in Geschichte und Kultur der unterschiedlichen Länder Südasiens eingelesen, auch Gespräche mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland gehörten dazu. Schon vor meiner Entsendung als Leiter des ARD- Studios Südasiens Ende 2007 habe ich immer wieder vertretungsweise in der Region gearbeitet. So konnte ich gerade in Afghanistan, Indien und Pakistan seit 2001 recht genau kennenlernen. Die vielen Gespräche und Begegnungen haben mir tiefe Einblicke in die Gesellschaft, ihre Regeln und ihre Widersprüche gegeben. Dieses Erleben war für meine spätere Arbeit als Studioleiter unersetzlich. Hinzu kamen die einschlägigen medizinischen Vorbereitungen für ein Leben in den Tropen und natürlich auch die notwendigen Sicherheitsschulungen für die Berichterstattung aus Krisen- und Kriegsgebieten in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.

Suchen Sie auch den persönlichen Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jenseits von Interviews?

Für mich ist der persönliche Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern seit vielen Jahren eine unverzichtbare Grundlage für meine tägliche Arbeit. Dies gilt vor allem für die regelmäßigen Gespräche im Rahmen meines privaten Netzwerkes zu Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen. Im Rahmen einer mehrwöchigen Studienreise auf Einladung des State Departments lernte ich 2015 die vielfältige Wissenschaftslandschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika ausführlich kennen. Die Gespräche u.a. an Universitäten in Washington (D.C.), Chicago und Berkeley haben mir wichtige Einblicke in aktuellen Themen u.a. der Politikwissenschaft und auch der Terrorismusforschung gegeben. Im Rahmen des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms hat sich der Austausch jetzt nochmals intensiviert. Hier habe ich Gelegenheit mit beeindruckenden Forscherpersönlichkeiten intensive Gespräche zu führen. Ich schätze dabei die große Offenheit und Geduld der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Und natürlich freue ich mich, wenn dabei vielleicht hier und da der Funke zwischen Wissenschaft und Medien sogar in beide Richtungen springen kann. Ich profitiere auch in meinem Berufsalltag auf viele verschiedene Arten von diesem

Austausch.

Welche Tipps können sie jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geben, die bisher noch keinen Kontakt zu Medien hatten?

Das Wichtigste vorweg: Niemand muss Angst haben! Wir leben in einer Epoche, in der die so unterschiedlichen Welten der Medien und der Wissenschaft immer stärker aufeinander angewiesen sind. Ganz praktisch: Es ist sinnvoll, möglichst genau den Kontext eines Interviews zu erfragen und zwar solange bis dieser verständlich geworden ist. Eine gute Journalistin oder ein guter Journalist nimmt sich dafür die Zeit, weil er weiß, dass er dann präzisere Antworten bekommt. Dazu gehört auch deutlich zu machen, zu welchen Themen man etwas sagen kann und zu welchen nicht. Im Interview sollte Verständlichkeit und Kürze kein Widerspruch sein. Es kann auch sinnvoll sein, eine Zeitung oder einen anderen Medienanbieter in Eigeninitiative auf die vorhandene Expertise aufmerksam zu machen. Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten können zudem eine wertvolle Übung darin sein, Dinge auf den Punkt zu bringen und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit klar und verständlich zu formulieren.

WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION IN ZEITEN RAPIDEN MEDIENWANDELS

BIRGIT STARK

Birgit Stark ist Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie ist Sprecherin des Forschungsschwerpunkts Medienkonvergenz und leitet als Co-Direktorin das Mainzer Medieninstitut. Ihre Forschungsarbeiten thematisieren die Folgen des digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit auf Medieninhalte und -nutzung. Dabei fokussiert sie sich auf die Rolle von Informationsintermediären (z. B. Google, Facebook) und analysiert die Auswirkungen algorithmenbasierter Informationsnutzung. Ihre derzeitigen DFG-geförderten Projekte untersuchen ländervergleichend demokratische Medienqualität und die Folgen fragmentierter Mediennutzung auf gesellschaftliche Integrationsprozesse.

Frau Professorin Stark, Sie forschen zu dem Thema Medienkonvergenz vor dem Hintergrund von Digitalisierungsprozessen. Wird es die klassische Unterteilung zwischen Print-, Hörfunk- und Onlinemedien in den nächsten Jahren noch geben?

In der Tat ist in medienkonvergenten Welten die Unterteilung nach Mediengattungen hinfällig geworden. Denn ganz allgemein ausgedrückt beschreibt Medienkonvergenz ein „Zusammenwachsen“ oder auch „Verschmelzen“ bisher getrennter Kommunikations- und/oder Medienbereiche auf technischer und inhaltlicher Ebene. Dreh- und Angelpunkt dieser Entwicklung ist natürlich das Internet. Innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums hat sich das neue Medium als „Schaltzentrale“ einer konvergenten Medienwelt etablieren können und befriedigt mittlerweile ganz unterschiedliche Kommunikations- und Informationsbedürfnisse.

Triebkraft dieser Medienentwicklung ist die fortschreitende Digitalisierung von Produkten und Prozessen, die zu einer Veränderung der Medienangebote führt und die gesamte Medienbranche zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor immense Herausforderungen stellt. Daten und Informationen können mit geringem Kostenaufwand von jedermann hergestellt, verbreitet und an verschiedenen Orten multifunktional und interaktiv genutzt, verarbeitet und vernetzt werden. Damit verändern sich Wertschöpfungsketten, Unternehmensstrukturen, Geschäfts-, Erlös- und Regulierungsmodelle sowie Nutzungsgewohnheiten gravierend, da die sektoralen Grenzen der klassischen

Mediengattungen Presse, Hörfunk und Fernsehen an Bedeutung verlieren.

Welche Auswirkungen haben Digitalisierungsprozesse auf das Verhalten der User?

Unsere aktuelle Mediennutzung steht im Zeichen der Always-On Mentalität und wird durch das Smartphone als universaler Alltagsbegleiter geprägt. Denn die Möglichkeit, immer online zu sein, hat unser Nutzungsverhalten verändert: Unabhängig von Zeit und Raum kann ein Großteil der Medienkonsumenten in Deutschland mittlerweile auf Online-Inhalte bzw. Anwendungen der unterschiedlichsten Art zugreifen. Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland gehen inzwischen täglich online, gleichzeitig intensiviert sich die zeitliche Dimension der Internetnutzung – über drei Stunden verbringt der durchschnittliche Nutzer am Tag im Internet. Diese ubiquitäre Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche durch Medien hat einerseits komplett neue Nutzungsmuster geschaffen, andererseits sind bestimmte Nutzergruppen, beispielsweise ältere Menschen, nach wie vor stark in bestimmten Routinen verhaftet.

Zweifelsohne ist unser Medienalltag aber vielfältiger geworden, da die Nutzung insgesamt flexibler geworden ist. Die klassischen Medien konvergieren über das Internet. Dadurch verlieren bislang prägende Merkmale der Nutzung an Bedeutung; insbesondere die Zeitsouveränität und Ortsungebundenheit spielen eine zentrale Rolle. Flexible, mobile, aber auch interaktive, vernetzte Zugriffsmöglichkeiten erlauben einen selbstbestimmten Medienzugang – unabhängig von einem vorgegebenen Programmraaster und einem bestimmten Gerät. Die non-lineare Fernsehnutzung über Streaming-Portale wird genauso weiter zunehmen wie die Unterwegs-Nutzung. Anbieter wie Netflix bieten durch ihre Qualitätsserien entsprechend attraktive und exklusive Inhalte für ein Massenpublikum.

Und wie stellen sich Medien darauf ein?

Die Medien müssen sehr flexibel und vorausschauend auf die veränderten Nutzungsgewohnheiten reagieren, denn in der Regel müssen sie über die unterschiedlichsten Kanäle mit ihren Zielgruppen in Kontakt treten. Zusätzlich zu den traditionellen Kommunikationsmöglichkeiten benötigen Medienunternehmen auch für Social-Media-Plattformen wie Instagram, Facebook oder Twitter regelmäßig neue, relevante Inhalte. Dabei sind die Nutzer sehr anspruchsvoll und erwarten interessantes Storytelling – oft auch personalisierte Angebote – über die vielfältigen Kanäle hinweg, d. h. der Produktionsbedarf steigt enorm: neue redaktionelle Konzepte, crossmedial produziert, in

multiplen und oft interaktiven Formaten stehen im Mittelpunkt.

Allerdings hat auch der Aktualitätsdruck auf (Online-)Redaktionen damit zugenommen. Zusehends beschneidet die enge Taktung die Zeit für sorgfältige, umfassende Recherchen, obwohl die Orientierungsleistung des Journalismus angesichts der Informationsflut und der immer zahlreicheren nicht-publizistischen Angebote wichtiger denn je wird. Den traditionellen Medien erwächst durch die Marktmacht der Internetplattformen massive Konkurrenz im Kampf um Publikumsaufmerksamkeit und Werbegelder, denn sie verschärfen Kommerzialisierungstrends und gefährden zunehmend etablierte Geschäftsmodelle. Insbesondere Zeitungsverlage stehen aufgrund der „Gratimentalität“ der Nutzer vor sehr großen Herausforderungen und suchen nach neuen Erlösmodellen. Denn der schnelle Blick auf das Smartphone ersetzt vielfach die klassische Lektüre der Tageszeitung am Frühstückstisch.

Machen es Digitalisierungsprozesse leichter oder schwerer, wissenschaftliche Erkenntnisse der Öffentlichkeit zu vermitteln?

Digitalisierungsprozesse haben auch die Wissenschaft gravierend verändert. Denn die Bedingungen für die Erzeugung und Speicherung sowie die Verbreitung und Nutzung von Wissen haben sich grundlegend gewandelt. So hat sich die Schaffung neuen Wissens exponentiell beschleunigt und der Umgang mit der Ressource Wissen radikal verändert. Langfristig könnten sich die informationstechnischen Auswirkungen auf die Konstitution von Wissen als ähnlich weitreichend wie jene des Buchdrucks erweisen.

Wenig überraschend ist die Nutzung von Social Media in der Wissenschaft mittlerweile fest etabliert. Vor allem junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entdecken soziale Netzwerke, Blogs oder andere, neue Kommunikationswege für sich, viele haben die Prinzipien sozialer Netzwerke bereits komplett verinnerlicht. So eröffnen sich für Forschende einerseits vielfältige Wege, um sich selbst über aktuelle Trends zu informieren und innovative Themen zu setzen. Andererseits machen soziale Medien internationale Vernetzung sichtbar und ermöglichen durch ihre Funktionalitäten Bewertungssysteme, die die Relevanz der eigenen Forschungsarbeiten transparent machen. Aber auch Science Slam-Auftritte oder Kindervorlesungen öffnen Türen und schaffen Potenziale für Interviewanfragen.

Medienpräsenz ist damit für viele Forscherinnen und Forscher bedeutend geworden, nicht zuletzt, weil Wissenschaftskommunikation auch bei der Vergabe von Fördergeldern wichtiger geworden ist. Bereits bei der Antrag-

stellung gilt es schon, sich Gedanken darüber zu machen, wie Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden können.

Gleichzeitig wird das Internet für die Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und den Austausch untereinander immer gewichtiger. So ermöglichen Plattformen wie ResearchGate, Google Scholar oder Academia.edu vor allem das schnelle und einfache Auffinden von wissenschaftlichen Publikationen, aber ebenso den gezielten Ausbau seiner Online-Reputation Forschender.

Allerdings zeigen sich auch rasch die Schattenseiten einer zunehmenden Internetpräsenz: Denn eine professionelle Social-Media-Präsenz bedeutet viel Zeit, Aufwand und Geduld. Nicht vergessen darf man auch, dass sie Kritikern Angriffsfläche bietet. D. h., wer sich öffentlich zu kontroversen Themen positioniert, muss mit Gegenwind rechnen. Forscherinnen und Forscher tragen dann selbst die Verantwortung, denn die eigene Hochschule unterstützt nicht zwingend. Hinzu kommt, dass Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler damit noch stärker den Regimen der Leistungsmessung ausgesetzt sind (z. B. Zitationsindices, Impact-Faktoren), welche die wissenschaftsinterne Kommunikation abbilden sollen, zum Teil aber auch falsche Anreizsysteme bilden.

Gerade Themen wie Migration und Kriminalität werden in sozialen Medien sehr polemisch geführt. Auch Impfgegner und Leugner des Klimawandels sind vor allem in sozialen Medien sichtbar. Kann hier Wissenschaft zur Versachlichung von Debatten beitragen?

Wissenschaft kann und muss hier zur Versachlichung von Debatten beitragen. Gerade wenn öffentliche Diskurse sehr polarisierend geführt werden, muss die diskursive Qualität solcher Debatten gestärkt werden sowie ein intensiver Austausch zwischen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft gefördert werden. Aktuelle empirische Befunde, d. h. Zahlen und Fakten aus der Wissenschaft, können zur Versachlichung emotional geführter Diskurse beitragen. Nehmen wir das Beispiel der Masernimpfung, bei der wissenschaftliche Fakten klar belegen, dass die potenziellen Nebenwirkungen der Impfung in keinem Maßstab zu den Risiken und möglichen Folgeschäden der Krankheit selbst stehen. Allerdings ist es in solchen Fällen oft nicht einfach „gehört“ zu werden, denn politische Diskussionen in sozialen Netzwerken folgen ganz eigenen Kommunikationslogiken.

So suggerieren Plattformen wie Facebook oft ein falsches Bild der Mehrheitsmeinung, da Unterstützergruppen aus bestimmten politischen Lagern

gezielt solche Themen besetzen und rasant weiterverbreiten. Populistische Politakteure, die sich besonders stark emotionalisierender oder zuspitzender Rhetorik bedienen, erhalten somit meist zu viel Aufmerksamkeit in den sozialen Netzwerken und werden am stärksten mit Nutzerreaktionen und einer intensiven Berichterstattung in klassischen Medien belohnt. Menschen müssen daher lernen, dass Themen und Meinungen in sozialen Medien nicht immer als Stimmungsbarometer der Gesamtgesellschaft zu deuten sind.

Müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besser darüber aufgeklärt sein, wie Medien funktionieren?

Konkrete Medientrainings können nicht schaden, vor allem sollte ein verantwortungsvolles Kommunikationsverhalten intensiv gefördert werden. Was man vor allem lernen muss, ist die Adressierung sehr unterschiedlicher Zielgruppen in verschiedenen Kanälen, d. h. allgemeinverständlich über seine Forschung zu sprechen – bei Interviews im Radio oder Fernsehen hat man beispielsweise oft nur wenige Minuten, um komplexe Sachverhalte darzustellen. Um Interessierten den Weg in die klassischen Medien sowie den Umgang mit Social Media zu erleichtern, sollten deshalb entsprechende Weiterbildungsangebote absolviert werden. Selbstverständlich sollte niemand gezwungen werden, denn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten in ihrer Außenkommunikation glaubwürdig bleiben. Betreibt man als Forscherin oder Forscher selbstvermittelte Wissenschaftskommunikation, sollte man sich allerdings der Verantwortung bewusst sein und die Regeln redlicher Wissenschaftskommunikation einhalten.

Sie organisieren das Mainz Media Forum mit. Welche Erfahrungen machen Sie, wenn Sie Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Medien zusammenbringen?

Wir machen mit der Veranstaltungsreihe, die mittlerweile federführend vom Mainzer Medieninstitut betreut wird, sehr positive Erfahrungen. Beispielsweise begleiten wir medienpolitische Debatten oder neue Regulierungsvorschläge wie den derzeit diskutierten Entwurf des Medienstaatsvertrags. Er stellt nicht nur die Weiterentwicklung des Rundfunkstaatsvertrags dar, sondern enthält unter anderem auch konkrete Regulierungsvorschläge zu einem zeitgemäßen Rundfunkbegriff sowie erstmals auch für sogenannte Intermediäre wie Social Media-Plattformen Suchmaschinen und Videoportale. In diesem Sinne versteht sich das Mainzer Medieninstitut als Ideengeber für Politik, Unternehmen, Verbände und Rundfunkanstalten. Auch die Veranstaltungsreihe Mainz Media Forum unterstützt dieses Anliegen, denn für ein tie-

fergehendes Verständnis der relevanten Phänomene bedarf es der Vernetzung der entsprechenden Expertinnen und Experten öffentlicher Kommunikation. Nur so können praxistaugliche Konzepte entwickelt werden, die im Rahmen einer evidenzbasierten Medienpolitik zum Einsatz kommen sollten. Ein gutes Beispiel ist unsere aktuell geplante Veranstaltung im Oktober 2019. Sie beschäftigt sich im Kontext der aktuellen Regulierungsdebatten von Plattformen wie Facebook oder Google mit dem Transparenz-Prinzip. Denn schon lange steht die Forderung im Raum, dass Algorithmen transparenter gestaltet werden sollen, um so die Nutzerautonomie zu stärken – angesichts der enormen gesellschaftlichen Bedeutung von Algorithmen in Zeiten rapiden Medienwandels eine der Schlüsselfragen der Kommunikationsregulierung.

DIALOGE DER VIELFALT: WISSENSCHAFT, POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

MANFRED NIEKISCH

Manfred Niekisch arbeitete in leitenden Funktionen bei den internationalen Naturschutzorganisationen World Wide Fund For Nature (WWF) und OroVerde, bevor er 1998 zum Professor für Internationalen Naturschutz an der Universität Greifswald berufen wurde. Ehrenamtlich war und ist er in zahlreichen Kommissionen und Leitungsgremien tätig, so als Präsident der Society for Tropical Ecology, Vizepräsident der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt und im Kuratorium der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung. 2008 wurde er in den Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung berufen. Im selben Jahr übernahm er die Leitung des Frankfurter Zoos. Seit 2010 ist Niekisch kooptierter Professor der Universität Frankfurt.

Herr Niekisch, bevor Sie Professor wurden, haben Sie für den WWF Deutschland und die Tropenwaldstiftung OroVerde gearbeitet. Wie haben diese Tätigkeiten Ihre spätere Forschungsagenda geprägt?

Der Beginn meiner beruflichen Laufbahn lag im praktischen, konkreten Naturschutz. So war ich beim WWF unter anderem verantwortlich für die Erfassung und Verfolgung des Handels mit geschützten Arten und dabei auch für den Aufbau eines Büros in Südostasien als Teil des TRAFFIC-Netzwerkes. Diese Tätigkeit führte mich in viele Teile der Welt und ich erlebte die Probleme vor Ort. So wandelte sich mein Bild von den „bösen Wilderern“ schnell, als ich erkennen musste, dass es oft die Ärmsten der Armen waren, welche gar keine andere Wahl hatten, als zum Beispiel Kakadus und Affen zu fangen und für ein paar Münzen an Händler zu verkaufen. So wichtig diese Arbeit war, wollte ich dann einen etwas anderen Ansatz verwirklichen. Mit OroVerde durfte ich eine Organisation aufbauen, die vom Konzept her und von vorneherein Hilfe zur Selbsthilfe leisten wollte. Ich hatte so viele Initiativen von lokalen Organisationen, Kleinbauern, Dorfgemeinschaften kennen gelernt, die Unterstützung brauchten, um in ihrer Heimat selbst Projekte durchführen zu können: Bekämpfung der Erosion, Schutz und Wiederherstellung von Wäldern, Einführung nachhaltiger Landwirtschaft und so weiter. In den Anden Boliviens wie im Norden Vietnams, in den Bergen Guatemalas und im Tiefland Ghanas.

In dieser Zeit verfasste ich zahlreiche Gutachten und Konzeptpapiere, zum Beispiel über Naturschutz als Aufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, und kam so zur Projekt- und Politikberatung. Aus dieser Tätigkeit heraus erhielt ich den Ruf an die Universität Greifswald auf die erste und einzige Professur für Internationalen Naturschutz. Nun konnte ich über Diplom- und Doktorarbeiten meine praktischen Erfahrungen wissenschaftlich bearbeiten und nachverfolgen. Meine internationalen Kontakte und Netzwerke, wie etwa im Rahmen der Weltnaturschutzunion IUCN, kamen mir und meinen Studierenden dabei sehr zu Hilfe. Meine Forschungsagenda war also durchaus das Resultat meiner langjährigen Erfahrungen an der Basis. Im Mittelpunkt stand dabei vor allem die Nutzung biologischer Ressourcen durch die lokale Bevölkerung.

Als langjähriger Leiter des Frankfurter Zoos gehören Sie zu den wenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, deren Forschungseinrichtung von hunderttausenden Menschen jährlich besucht wurde. Ob nun Mitwirkung in einem Beirat, Medieninterviews oder die Leitung des Frankfurter Zoos: Worin sehen Sie die Herausforderungen, die immer zu bewältigen sind, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse einem nicht-wissenschaftlichen Publikum vermittelt werden sollen?

Eine der größten Herausforderungen ist es wohl, komplexe wissenschaftliche Ergebnisse so darzustellen, dass sie gemeinverständlich und dennoch korrekt sind. Die Medien sind überwiegend nicht interessiert an ausgewogenen, differenzierenden Darstellungen. Die wollen klare Aussagen und knackige Statements. Das in Einklang zu bringen mit Wissenschaftlichkeit und akademischer Glaubwürdigkeit ist nicht immer einfach. Aber es macht auch Spaß, sich zu überlegen, wie das hinzukriegen ist. Denn wenn wir nicht die Öffentlichkeit erreichen und mitnehmen, kommen wir im Schutz von Arten und Lebensräumen, bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung von Biodiversität nicht hinreichend weit.

Auch als Hochschullehrer haben Sie sich in verschiedenen Funktionen für NGOs engagiert und auch über Beiräte die Bundesregierung und Landesministerien beraten. Wo fand Ihre Stimme bisher ein größeres Gehör? Im Nonprofit-Sektor oder in der Politik?

Das zu beurteilen ist nicht ganz einfach, zumal wenn man es am Erfolg messen will. Ich habe den deutlichen Eindruck, dass bei den NGOs vieles schneller und direkter umgesetzt wird. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass die öffentliche Verwaltung und die Politik aufgrund notwendiger interner

Abstimmungen da etwas länger brauchen. Und nicht jeder gegebene Rat wird auch umgesetzt.

Natürlich gibt es gerade in der Politik Abwägungsprozesse und es müssen ganz unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden. Das ist bei den NGOs, die ja klarer gesetzte Aufgaben und Ziele verfolgen, weit weniger der Fall. Wir brauchen aber in einer Demokratie und für den Erfolg ganz klar das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und Politik. Von vorneherein Chancen des Erfolges einigermaßen richtig einzuschätzen, hilft erheblich, um Frustration zu vermeiden. Auch als Berater muss man Optimist bleiben.

Sie engagieren sich im wissenschaftlichen Beirat von National Geographic. Zahlreiche Medien von der Bild-Zeitung bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung haben über Ihre Arbeit berichtet. In der Frankfurter Rundschau haben Sie eine eigene Kolumne zu aktuellen Themen. Wie wichtig sind Medienbeiträge, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu transportieren?

Solche Medienbeiträge sind mir sehr wichtig, denn ohne eine informierte Öffentlichkeit bleiben viele unserer Ansätze und Forderungen in der Luft hängen oder werden nur im akademischen Bereich verbreitet. Natürlich ist längst nicht jede wissenschaftliche Erkenntnis von Interesse für eine breitere Öffentlichkeit. Es gibt vieles, was nur für ein relativ eng gefasstes Fachpublikum interessant ist. Für Themen aber, die gesellschaftlich relevant sind und allgemeine Aufmerksamkeit verdienen, vielleicht sogar bürgerliches Engagement wecken sollten, brauchen wir die Massenmedien. Man denke nur an die Problematik des Klimawandels oder des Artensterbens. Da muss sich in der Gesellschaft etwas ändern, und das auf der Basis wissenschaftlicher Fakten. Es ist eine derzeit zu beobachtende Tendenz, die ich für sehr gefährlich halte, dass Fakten einfach weggeredet werden und ihnen Behauptungen und Meinungen entgegengesetzt werden, die jeder fachlichen Grundlage entbehren. Das verunsichert natürlich viele, zumal wenn die Quellen solcher falschen Behauptungen mächtige Politiker sind, die auch den Apparat haben, ihre Behauptungen breit zu streuen. Umso wichtiger ist es, dass wir mit fundierten Argumenten und Tatsachen kommen und wissenschaftlich sauber bleiben.

Etwas anders stellt sich meine Tätigkeit für National Geographic dar. Da geht es nicht nur um die Beratung der Zeitschrift. Viel wichtiger und zeitaufwändiger ist die Beurteilung von Projekten, für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt Förderung von National Geographic

beantragen. Es gehen weit mehr Anträge ein, als Mittel vorhanden sind. Hier Gutachten abzugeben, welche den Forscherinnen und Forschern und ihren Vorhaben gerecht werden und dabei die richtigen Prioritäten zu setzen, ist nicht nur akademisch reizvoll. Man bekommt auch ein sehr aktuelles Bild, was in meinen Fachbereichen Naturschutz, Biodiversität und Zoologie weltweit an Forschungsinitiativen vorhanden ist.

Hatten Sie die Befürchtung, aufgrund ihres Engagements eher als Aktivist und weniger als Wissenschaftler wahrgenommen zu werden?

Wenn man den Bereich der reinen Wissenschaft verlässt, etwa mit dem Schreiben einer wöchentlichen Kolumne in der Frankfurter Rundschau oder mit einer klaren öffentlichen Positionierung in einer politischen Angelegenheit, bedeutet das ja längst nicht, dass man unwissenschaftlich wird. Das Wort „Aktivist“ hat so eine unschöne Konnotation, klingt allzu oft nach Unüberlegtheit und Spontaneität. Aber wenn man an die Klimaaktivisten denkt, muss man zugestehen, dass sie politisch eine Menge Bewegung in die lasche Klimapolitik der Politiker gebracht haben. So gesehen ist es doch nicht schlecht, Aktivist zu sein.

Wenn ich etwa als Berater der Bundesregierung im Sachverständigenrat für Umweltfragen oder im Wissenschaftlichen Beirat Waldpolitik des Landwirtschaftsministeriums dauerhaft glaubwürdig sein will, darf ich den Boden der Wissenschaftlichkeit insgesamt nicht verlassen.

Tut sich Wissenschaft Ihrer Meinung nach schwer, auf die Praxis zuzugehen?

So grundsätzlich würde ich das nicht sagen. Es gibt viele Aspekte und Forschungszweige, die ohne Praxisbezug gar nicht denkbar wären. Umgekehrt fehlt vielleicht auch mancher Praktikerin und manchem Praktiker der Zugang zur Wissenschaft. Da ist doch die Biodiversitätsforschung ein wunderbares Beispiel, wie Dinge in Bewegung gekommen sind und die Trennung zwischen der hehren Wissenschaft und den Praktikerinnen und Praktikern im Gelände immer mehr verschwimmt. Zunehmend erkennen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die gesellschaftliche Relevanz ihrer Forschung und die Naturschutzpraktikerinnen und Naturschutzpraktiker merken, dass sie ohne die Forschung nicht auskommen. Wenn ich allein anschau, wie Senckenberg als eine riesige Forschungseinrichtung nicht nur über das weltbekannte Museum, sondern über seine Veröffentlichungen und Veranstaltungen laufend die Interaktion mit der Öffentlichkeit sucht, dann haben wir hier doch ein Musterbeispiel des Aufeinander-Zugehens. Oder der relativ

neue Zweig der Citizen-Science. Daten über den Insektenrückgang, das Vorkommen von Säugetieren, die Singvogelzählungen, sie werden aus der Bevölkerung in die Wissenschaft eingespeist, und das praktisch kostenlos.

Soll die Politik den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis stärker fördern oder liegt es an jeder Wissenschaftlerin und jedem Wissenschaftler, aktiv zu werden?

Nicht jede Grundlagenforscherin und jeder Grundlagenforscher wird sich die Zeit nehmen können oder wollen, mit der Praxis in Dialog zu treten. Und vielleicht hätte davon auch keine Seite etwas. Das ist ja das Wichtige an Forschung und Wissenschaft, dass sie zweckfrei erfolgen kann.

Davon ganz unberührt bleibt aber die Tatsache, dass in unserer immer stärker vernetzten Welt mit komplexen und zunehmend globalen Herausforderungen Lösungen gefunden werden müssen, die gleichermaßen wissenschaftsbasiert und praxisorientiert sind, so bei Nahrungsmittelproduktion, Migrationsproblematik, Klimawandel und Artensterben, Friedensforschung, im riesigen Feld nachhaltiger Entwicklung. Es geht um die Verknüpfung gesellschaftlicher und ökologischer Fragen. Die materielle und personelle Ausstattung unserer Hochschulen und enge Studienpläne lassen für Forschende und Studierende leider wenig Spielraum. Der Ruf nach dem Staat und Forderungen an die Politik sind sicher keine Allheilmittel. Aber im Falle der Förderung von Forschung, der Dialoge und mehr noch, der Interaktionen zwischen Wissenschaft und Praxis ist politisch noch sehr viel Luft nach oben.

VON DER WISSENSCHAFT IN DIE BEHÖRDENPRAXIS

HEIKE KAUPP

Seit 2000 ist die promovierte Geoökologin als Referatsleiterin in der Berliner Senatsverwaltung u.a. für die atomrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde, die Katastrophenschutzbehörde, die Strahlenmessstelle Berlin und das Berliner Luftgütemessnetz zuständig. Seit 2010 ist Heike Kaupp stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Integrativer Umweltschutz. Sie ist Fellow des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms an den Rhein-Main-Universitäten.

Frau Dr. Kaupp, mit welchen Themen beschäftigen Sie sich als Referatsleiterin in der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz?

Ich bin bei meiner Arbeit sowohl als Fachfrau als auch als Führungskraft gefragt, und daraus ergibt sich eine große Vielfalt naturwissenschaftlich, technisch, juristisch, verwaltungsmäßig und psychologisch geprägter Themen.

Als Referatsleitung bin ich zuständig für atomrechtliche Genehmigung und Aufsicht, Strahlenschutz, Messaufgaben sowohl im Bereich der Umweltüberwachung für radioaktive Substanzen und für klassische Luftschadstoffe als auch im Bereich des Arbeitsschutzes. Zusätzlich machen wir Katastrophen- und radiologischen Notfallschutz. Als Stellvertretung der Abteilungsleitung kommen noch Wasser und Altlasten als Themenbereiche hinzu.

Ich bin nicht für die eigentliche Sachbearbeitung zuständig, sondern konzentriere mich nach Möglichkeit eher auf strategische und steuernde Aufgaben, auf Planungen und auf Vorgänge mit Außenwirkung. Die erfolgreiche Wahrnehmung meiner Aufgaben hat viel damit zu tun, wie gut ich es verstehe, Menschen zu motivieren, Entwicklungen einzuleiten und zu verstetigen, mich zu vernetzen und unsere Inhalte für sehr unterschiedliche Adressaten zu „übersetzen“.

Als Führungskraft bin ich auch für Organisation und Personal zuständig, zwei wichtige Bereiche, in die ich gerne ein hohes Maß an Energie investiere.

Benötigen Sie in Ihrer täglichen Arbeit auch Input aus der Wissenschaft?

Als Behörden haben wir Aufgaben, deren Ziele durch die geltenden Gesetze, Verordnungen und Regelwerke recht konkret festgelegt sind. Meine technisch-wissenschaftlichen Bereiche nutzen natürlich Erkenntnisse aus der

Wissenschaft, aber in vielen Fällen ist das erst möglich, nachdem diese in die Praxis implementiert wurden und sich dort bewährt haben.

Im Bereich der Luftgütemessungen sind wir häufig Projektpartner von Forschungsinstituten, entwickeln also den jeweiligen Ansatz mit, erfüllen unseren Part und haben damit auch Zugang zu dem gesamten Output des Projektes.

Schwierig wird es mitunter dort, wenn nicht die konkrete Fachlichkeit gefragt ist, sondern Expertise aus anderen Fachlichkeiten: Viele unserer Aufgaben erfordern hohe Kompetenz und/oder komplexe Konzepte im Bereich der Kommunikation, und z.B. in unseren Notfallplanungen spielt Psychologie im weiteren Sinne eine sehr große Rolle. Hier sind wir selbst weit jenseits dessen, wofür wir ausgebildet sind. Aus diesem Grund qualifizieren wir uns kontinuierlich weiter und suchen auch immer wieder nach externer Expertise. Allerdings ist es gar nicht so einfach, sich in solchen Fällen Input aus der Wissenschaft zu holen: Rein theoretische Ansätze unterstützen uns nicht bei der Konzeption konkreter Planungen oder Maßnahmen, und leider verfügen viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur über sehr begrenzte Erfahrungen, wie sich ihre Erkenntnisse in die Praxis umsetzen lassen.

In welcher Form erhalten Sie wissenschaftlichen Input? Lesen Sie im Rahmen Ihres Alltagsgeschäfts wissenschaftliche Publikationen?

Auf meinem Schreibtisch und in meinem elektronischen Postfach landet eine Fülle von Broschüren, Berichten und Publikationen, aber ich lese die wenigsten davon zur Gänze. Das hat nichts mit mangelndem Interesse zu tun, aber sehr viel mit Lesbarkeit: Mein Zeitbudget für die Lektüre von Unterlagen, die nicht zu einem bestimmten Vorgang gehören und an die ich auch nicht durch eine gezielte Recherche gekommen bin, ist sehr gering. Ich muss also in möglichst kurzer Zeit verstehen, warum genau diese Publikation für mich interessant und wichtig ist. Dieses Kriterium wird von vielen wissenschaftlichen Publikationen, sicherlich aus ganz unterschiedlichen Gründen, nicht erfüllt, so dass sie sehr schnell auf dem Stapel landen.

Der mit großem Abstand effizienteste Weg für wissenschaftlichen Input ist für mich das Gespräch, die Diskussion mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. So kommt die Expertise des Gegenübers maßgeschneidert für meine Interessen und zugeschnitten auf aktuelle Fragen bei mir an, und in aller Regel ist ein solcher Austausch für beide Seiten gewinnbringend.

Entwickelt sich auf Basis von Gutachten auch ein Dialog mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern?

Das lässt sich gar nicht vermeiden. Wenn wir als Behörde Aufträge für Gutachten oder wissenschaftliche Studien vergeben, hat dies sehr gute fachliche Gründe, und zusätzlich setzt eine Beauftragung auch ein korrektes Vergabeverfahren voraus. Daher werden zwangsläufig konkrete Erwartungen an das Produkt formuliert und dessen Abnahme umfasst auch einen oder mehrere Präsentationstermine oder Workshops, bei denen in aller Regel sehr intensiv diskutiert wird.

Auch bei Projektpartnerschaften gibt es einen kontinuierlichen Austausch zwischen den teilnehmenden Institutionen.

Erwarten Sie konkrete Handlungsempfehlungen von der Wissenschaft?

Ich erwarte von einer Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten zum einen die Bereitschaft, sich mit der Art auseinanderzusetzen, wie Behörden Aufgaben verstehen und wahrnehmen (müssen). Zum anderen kann eine wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag einer Behörde nicht im Vagen enden, sondern die getroffenen Aussagen benötigen eine gewisse Verbindlichkeit. Andernfalls sind sie weder zum Vollzug von Gesetzen/Verordnungen noch für strategische und konzeptionelle Arbeiten, noch für die Politik hilfreich und damit für Behörden im Grunde entbehrlich.

Sollte sich Grundlagenforschung an Hochschulen stärker an der Praxis orientieren?

Aus meiner Sicht ist Grundlagenforschung ein gesellschaftlicher Wert für sich und damit nichts, was immer und in jedem Fall seinen Daseinszweck unmittelbar mit konkreten Verwertungsmöglichkeiten begründen muss. Dennoch sollte diese Freiheit nicht dazu führen, dass der Kontakt zwischen Grundlagenforschung und der Gesellschaft, die die Forschung finanziert und ihr großen Gestaltungsspielraum einräumt, völlig verloren geht.

Müssen Ministerien bzw. Behörden stärker darüber aufgeklärt werden, wie Wissenschaft funktioniert?

Meine Antwort auf diese Frage ist von meinem eigenen Arbeitsumfeld geprägt, das vielleicht nicht die ganz klassische Verwaltung repräsentiert: Wir beschäftigen in mehreren Referaten der Abteilung eine große Zahl von Menschen mit wissenschaftlicher Hochschulausbildung, die in vielen Fällen auch promoviert und eine Zeit lang an Universitäten wissenschaftlich geforscht haben.

Nach meiner Erfahrung ist es viel eher für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Universitäten schwierig zu verstehen, wie wir als Behörde funktionieren, als umgekehrt.

So oder so halte ich es aber für zielführend, den Austausch zwischen diesen beiden wichtigen Sektoren der Gesellschaft intensiver zu fördern und damit auf beiden Seiten das Bewusstsein für die in hohem Maße vorhandenen Synergiepotentiale zu stärken.

Für mich selbst war das Mercator Science-Policy Fellowship-Programm in diesem Sinne eine sehr gute und spannende Erfahrung. Durch meine im Vorfeld formulierten Fragestellungen hatte ich überwiegend Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aus nicht naturwissenschaftlichen Disziplinen. Ich habe diese Kontakte als ein sehr positives Geben und Nehmen empfunden und auch einige meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aus der Wissenschaft haben mir eine ähnliche Einschätzung zurückgespiegelt.

Sie haben selbst mehrere Jahre an der Universität Bayreuth wissenschaftlich geforscht. Welche Fähigkeiten, die Sie in dieser Zeit erworben haben, helfen Ihnen heute noch weiter?

Ich war immer ein sehr neugieriger Mensch und auch gut darin, mir immer neue Fragen auszudenken. Durch meine naturwissenschaftliche Ausbildung und die durch selbständige Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen habe ich das Spektrum der Methoden wissenschaftlichen Arbeitens kennengelernt und über viele Jahre hinweg die Fähigkeit trainiert, sie anzuwenden. Dies war für mich ein sehr belastbares Fundament für alle späteren Tätigkeiten, denn die Methodik funktioniert auch außerhalb der Wissenschaft hervorragend. Mit diesen Kenntnissen und Erfahrungen wird man jedes Problem methodisch ergründen und einen sinnvollen Ansatz zu seiner Lösung finden können.

Ganz wesentlich für meine Tätigkeit als Führungskraft ist auch die in meiner Zeit als forschende Wissenschaftlerin entwickelte Vorgehensweise, ein Problem zunächst vollständig zu beschreiben und intensiv zu diskutieren, dann aber die Schlüsse zu ziehen und zu entscheiden, wie die konkrete Lösung aussehen soll.

Was empfehlen Sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ihre Forschungsergebnisse an Ministerien vermitteln wollen? Lohnt es sich, aktiv auf Ministerien zuzugehen?

Prinzipiell kann das lohnend sein, wobei neben Ministerien auch viele andere Behörden, z.B. Landesämter oder wissenschaftliche Bundesoberbehörden, interessante potentielle Anlaufstellen sein können.

Vor einer Kontaktaufnahme sollte man sich unbedingt über die eigenen Ziele im Klaren sein und auch einschätzen, wo das Interesse der anderen Seite liegen könnten.

Generell ist es aus meiner Sicht sinnvoll, den persönlichen Kontakt zu suchen. Falls allerdings die Akquise von Forschungsmitteln die Motivation für den Kontakt ist, sollte man im Hinterkopf haben, dass die Vergaberegeln für öffentliche Auftraggeber strikt sind. Dennoch kann auch in solchen Fällen eine Kontaktaufnahme sinnvoll sein: In vielen thematischen Bereichen gibt es nur eine überschaubare Anzahl von Forschungsinstituten, die bereit und in der Lage sind, sich mit den fachlichen Belangen und Bedarfen von Behörden auseinanderzusetzen.

MEHR MUT ZUR RELEVANZ

NICOLE DEITELHOFF

Nicole Deitelhoff hat seit 2009 eine Professur für Internationale Beziehungen und Theorien Globaler Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt inne. Sie ist Mitglied des Direktoriums des Frankfurter Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Goethe-Universität und Geschäftsführende Direktorin des Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Sie ist u.a. Mitglied des Beirats für Fragen der Inneren Führung des Bundesministeriums für Verteidigung und Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission.

Frau Professorin Deitelhoff, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der HSFK veröffentlichen regelmäßig Policy Papiere, bloggen und twittern zu aktuellen Themen, sind häufig in den Medien präsent oder organisieren öffentliche Veranstaltungen mit Praxispartnern im Rhein-Main-Gebiet oder auch in Brüssel. Kommt bei so vielen Aktivitäten nicht die Forschung zu kurz?

Die Balance zwischen Forschung und Wissenstransfer ist in einem Institut wie unserem ein Dauerthema. Gerade unsere Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wollen sich qualifizieren für Hochschullehrerpositionen und dafür spielt der Wissenstransfer – leider – nach wie vor nur eine sehr nachgeordnete Rolle. Als Leibniz-Institut sind wir unserem Motto verpflichtet: *Theoria cum praxi* und das gilt für uns nochmal mehr, da wir ein Friedensforschungsinstitut sind. Darum legen wir großen Wert darauf, Grundlagenforschung und Wissenstransfer miteinander zu verknüpfen. Um das zu erreichen, bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig Trainings und Fortbildungen an und wir versuchen, eine Umgebung zu schaffen, in der beides, Grundlagenforschung und -transfer gut und einträchtig gedeihen können.

Ist es für ein Institut der Grundlagenforschung wichtig, in der Öffentlichkeit sichtbar zu sein?

Für ein Leibniz-Institut gehört das zum Forschungsauftrag untrennbar dazu. Wir machen Grundlagenforschung für und im Auftrag der Gesellschaft. Darüber hinaus lernen wir auch immens viel durch die beständige Interaktion mit der Gesellschaft: Wir erhalten neue Einblicke in unseren Forschungsgegenstand, wenn wir die Problemwahrnehmungen in der Gesellschaft kennenler-

nen. Das hilft uns, unsere Fragen zu schärfen, bessere Instrumente für unsere Analysen zu finden und unsere Erkenntnisse einzuordnen.

Denken Sie an den Dialog mit der Praxis, wenn Sie Ihre wissenschaftlichen Projekte planen oder haben politikwissenschaftliche Projekte immer einen Praxisbezug?

Nein, das tue ich nicht bei allen Projekten. Es gibt Forschungsprojekte, die sich aus der innerwissenschaftlichen Debatte und Logik, aus einer grundlegenden wissenschaftlichen Irritation ergeben, die zunächst wenig mit Praxis zu tun haben. Das muss auch so sein, weil wir, wenn wir den Blick zu starr auf die Praxis und auf die Anwendung unserer Forschung richten, auch Gefahr laufen, wichtige Fragen aus den Augen zu verlieren. In vielen Fällen müssen wir verstehen, wie bestimmte Zusammenhänge aussehen und wie sie funktionieren, bevor wir darüber nachdenken können, was uns das für die gesellschaftliche Praxis sagt. Umgekehrt gibt es auch immer wieder eine Reihe von Projekten, die von Beginn an politischen Entwicklungen ansetzen und konkrete Fragen beantworten wollen, also direkt an Anwendungsfragen ansetzen.

Erleben Sie bei Ihrem Praxisengagement auch Situationen, in denen Sie als Wissenschaftlerin keine Antwort parat haben?

Andauernd - zumindest nicht die gewünschte Antwort. Das liegt daran, dass die Öffentlichkeit häufig überschätzt, welche Art von Wissen die Friedens- und Konfliktforschung, aber auch die sozialwissenschaftliche Forschung allgemeiner, liefern kann. Die häufige Erwartung, dass wir konkrete Vorhersagen treffen können (wird ein konkreter Putsch niedergeschlagen? Wird und wann wird das Minsk-Abkommen für die Ostukraine durchgesetzt? Oder auch: Hat Putin wirklich Interesse daran?), können wir nicht erfüllen. Wir bieten Orientierungswissen an.

Sie bilden seit mehreren Jahren den Diplomatenachwuchs im Auswärtigen Amt aus. Wie können wir uns dies vorstellen?

Das sind jeweils mehrere Wochen im Sommer/Herbst mit einem Intensivkurs, den ich gemeinsam mit meinem Kollegen Christopher Daase unterrichtete. Wir versuchen, den angehenden Diplomatinen und Diplomaten genau dieses Orientierungswissen mitzugeben. Wir entwickeln mit ihnen Analyseraster, die ihnen helfen sollen, politische Entwicklungen analytisch einschätzen zu können und begründete Handlungsempfehlungen auszusprechen und wir trainieren beispielsweise Verhandlungskompetenzen. Das alles basiert

immer auf Erkenntnissen, die wir aus der Grundlagenforschung mitbringen, die wir dann aber für die praktischen Probleme zuschneiden, die für die Diplomatinen und Diplomaten in ihrer Arbeit von Bedeutung sind.

Wenn Sie Nachwuchsdiplomatinnen und –diplomaten mit Ihren Studierenden an der Universität vergleichen: Sehen Sie hier mehr Gemeinsamkeiten oder Unterschiede?

Ich sehe unterschiedliche Anforderungen. Unseren Studierenden möchte ich zunächst das politikwissenschaftliche Handwerk beibringen: Wie Sie Theorien anwenden und entwickeln und wie sie dafür methodisch sauber Daten erheben und auswerten. Der diplomatische Nachwuchs muss in die Lage versetzt werden, die generierten Daten zu interpretieren und zu nutzen, um in politischen Situationen handlungsfähig zu sein. Was beide benötigen, sind analytische Werkzeuge und politisches Grundwissen. Wir haben inzwischen damit begonnen, den Kurs, den wir für die Diplomatinen und Diplomaten geben, umzudrehen und einen Masterkurs „Diplomatie für Politologinnen und Politologen“ an der Goethe-Universität zu unterrichten, der Studierende gezielt auf dieses Arbeitsfeld vorbereitet.

Sie sind am neugegründeten Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt beteiligt. Wie der Name schon sagt soll das Institut den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland stärken. Übernimmt damit die Wissenschaft die Rolle der Politik?

What's in a name? Das Institut soll zunächst einmal den Zusammenhalt erforschen. Was ist das eigentlich genau, Zusammenhalt? Was meinen wir, wenn wir darüber sprechen, dass die Gesellschaft nicht genügend zusammenhält, was soll da gehalten werden? Und wie viel Halt sollte es geben? Hier lauern erhebliche ungelöste empirische und normative Fragen, die das neu gegründete Institut ausloten will. Ich glaube, dass dieses Institut durch die Diskussionen dieser Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen kann, aber letztlich ist das wohl eine empirische Frage.

Im Rahmen des Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt sind auch Dialog-Komponenten mit der Praxis vorgesehen. Wie sollen diese aussehen?

Wir haben ganz unterschiedliche Formate im Blick. Zum einen wird es ein Praxisnetzwerk geben, das die Arbeit des Instituts begleitet und dessen Expertise uns helfen soll, unsere Forschung richtig aufzustellen, zum anderen wird es Forschungswerkstätten geben, in denen Bürgerinnen und Bürger

direkt an der Forschung teilnehmen können. Wir planen Veranstaltungsformate, in denen wir Zusammenhalt praktisch ausloten wollen, wir werden Angebote in der politischen Bildung haben, für Schulen, aber auch für Universitäten und beispielsweise unterschiedliche Workshops für Journalistinnen und Journalisten oder für Verwaltungsbeamtinnen und –beamte.

Wenn Sie rückblickend auf Ihre Kontakte mit der Praxis schauen, was würden Sie heute anders machen?

Vielleicht etwas mutiger sein und nicht darauf warten, dass die Praxis auf mich zukommt. Ich glaube, es geht vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern so wie mir am Anfang: ich war unsicher, ob das, was ich mache, überhaupt relevant ist für die Praxis. Das ist ein Lernprozess. Die Perspektive der jeweils anderen Seite verstehen lernen und wie sie auf die Welt schaut, das benötigt Zeit. Zeit, die man sich nehmen wollen muss, denn dazu gehört nicht nur, zu fragen, was kann meine Forschung hierzu bieten, sondern auch zu bestimmen, welche Wünsche der Praxis man definitiv nicht erfüllen kann und möchte.

Welchen Tipp geben Sie Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis, die in Kontakt mit der Wissenschaft kommen wollen?

Werden Sie sich zunächst darüber klar, was genau Ihr Ziel ist und vermitteln Sie das offen und transparent. Machen Sie sich darauf gefasst, dass die Wissenschaft davon nur einen kleinen Teil liefern kann, aber seien Sie offen, sich überraschen zu lassen. Oftmals liefert Ihnen die Wissenschaft Erkenntnisse, mit denen Sie vielleicht nicht gerechnet haben, die Ihnen aber neue Optionen eröffnen.

BEREITS ERSCHIENENE SCIENCE POLICY PAPER

Science Policy Paper 6 (2019)

Reuter, Christian; Schultz, Tanjev; Stegbauer, Christian (ed.)
Digitalisation of Communication: Societal Trends and the Change in Organisations
urn:nbn:de:hebis:30:3-478533

Science Policy Paper 5 (2019)

Reuter, Christian; Schultz, Tanjev; Stegbauer, Christian (Hg.)
Die Digitalisierung der Kommunikation: Gesellschaftliche Trends und der Wandel von Organisationen
urn:nbn:de:hebis:30:3-478522

Science Policy Paper 4 (2019)

Wolff, Birgitta; Krausch, Georg; Prömel, Hans Jürgen (Hg.)
**Mehr als Politikberatung und Medienpräsenz.
Reflexionen über die Bedeutung dialogorientierter Wissenschaftskommunikation für Universitäten und Praxis**
urn:nbn:de:hebis:30:3-478543

Science Policy Paper 3 (2019)

Wolff, Birgitta (Hg.)
Whither Artificial Intelligence? Debating the Policy Challenges of the Upcoming Transformation
urn:nbn:de:hebis:30:3-478510

Science Policy Paper 2 (2018)

Harms, Philipp; Landwehr, Claudia; Scharfbillig, Mario; Schunk, Daniel (Hg.)
Ungleichheit: Interdisziplinäre Perspektiven auf Ursachen und Implikationen
urn:nbn:de:hebis:30:3-478505

Science Policy Paper 1 (2018)

Benz, Arthur (Hg.)
Populismus als Herausforderung für Wissenschaft und Praxis
urn:nbn:de:hebis:30:3-478590



Rhein-Main 
Universitäten
Eine strategische Allianz

ISSN: 2626-9597

Gefördert von:

STIFTUNG
MERCATOR

SCIENCE POLICY
PAPER 2019

04